

## Diskussion

HEINRICH AUGUST WINKLER

### GESCHICHTSWISSENSCHAFT ODER GESCHICHTSKLITTERUNG?

Ingo Haar und Hans Rothfels: Eine Erwiderung

Hängt das Urteil über die wissenschaftliche und politische Rolle des Historikers Hans Rothfels in der Zeit um 1933 wesentlich von der richtigen oder falschen Datierung eines einzigen Textes ab? Seit Ingo Haar im Jahre 2000 die Buchfassung seiner Dissertation „Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und ‚Volkstumskampf‘ im Osten“ vorgelegt hat, muß man diese Frage wohl bejahen. Haars Schlüsseldokument ist eine angeblich von der „Deutschen Welle“ gesendete „Radioansprache zum Machtantritt der Nationalsozialisten“, in der sich Rothfels nach Auffassung des Autors „rückhaltlos hinter das neue Regime“ gestellt hat<sup>1</sup>.

In einem Beitrag für diese Zeitschrift habe ich im Oktober 2001 den Nachweis geführt, daß es eine Rundfunkansprache von Rothfels zur „Machtergreifung“ nicht gibt<sup>2</sup>. Die von Haar zitierte Rede „Der deutsche Staatsgedanke von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart“ wurde nicht irgendwann nach dem 30. Januar 1933 von der „Deutschen Welle“, sondern drei Jahre vorher, im Januar und Februar 1930, in vier Folgen vom Ostmarken-Rundfunk Königsberg ausgestrahlt. Haars Fehldatierung geht auf einen irrigen Vermerk im vorläufigen Findbuch zum Nachlaß Rothfels im Bundesarchiv Koblenz zurück. Zur Vorgeschichte des Vermerks wird gleich noch etwas zu sagen sein.

Eine kritische Lektüre des Textes hätte Haar selbst zu dem Ergebnis führen müssen, daß die Zeitangabe des Findbuchs nicht stimmen kann. Aber er hat das Manuskript nicht kritisch, sondern so voreingenommen gelesen, daß aus Rothfels' anerkennenden Worten über den „ersten Präsidenten der Republik“, also Friedrich Ebert, ein Lob für seinen Nachfolger, den ehemaligen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, und aus einer rhetorischen Verbeugung vor Hindenburg der Versuch wird, „Hitler in die Kontinuität Friedrichs des Großen und Bismarcks“ einzureihen. Was Rothfels der Weimarer Republik als Verdienst zurechnete, verwandelt sich bei Haar in eine frühe Huldigung an das „Dritte Reich“. Ich verzichte darauf, meine Belege für diese und weitere groteske Irrtümer zu wiederholen, und stelle fest: Gründlicher kann man sich kaum vertun, als es Haar hier, mangels Gründlichkeit, getan hat.

<sup>1</sup> Ingo Haar, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der ‚Volkstumskampf‘ im Osten*, Göttingen 2000, S. 129.

<sup>2</sup> Vgl. Heinrich August Winkler, *Hans Rothfels – ein Lobredner Hitlers? Quellenkritische Bemerkungen zu Ingo Haars Buch „Historiker im Nationalsozialismus“*, in: *VfZ* 49 (2001), S. 643–652.

*VfZ* 50 (2002)

© Oldenbourg 2002

Inzwischen liegt seine Antwort auf meine Kritik vor<sup>3</sup>. Wer von Haar die Korrektur eigener Irrtümer und Fehlinterpretationen erhofft hat, wird enttäuscht. Auf meine zentralen quellenkritischen Einwände geht er überhaupt nicht ein: Daß er Ebert mit Hindenburg, Hindenburg mit Hitler und die Weimarer Republik mit dem „Dritten Reich“ verwechselt hat, ist ihm keine Zeile wert. Er versucht zu retten, was nicht zu retten ist, flüchtet sich in Ablenkungsmanöver und fügt den alten Irrtümern neue hinzu. Zur eigenen Entlastung verweist er darauf, daß schon Winfried Schulze in einer Rede zum 100. Geburtstag von Hans Rothfels im Jahre 1991 das von Haar zitierte Dokument als Beleg seiner These herangezogen habe, „daß Hans Rothfels im März [sic!] 1933 das Hitler-Regime begrüßt habe“. An diese Feststellung knüpft Haar die Bemerkung, ich hätte mit meinen „weithin unbelegten Thesen den ganzen Forschungsstand unberücksichtigt“ gelassen.

In *einem* irrt Haar nicht: In Schulzes Tübinger Vortrag vom 15. Juni 1991, der 1995 in der Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans Mommsen gedruckt erschien, steht der Satz: „Der neue deutsche Staat‘, so schrieb er [Hans Rothfels] 1933 in einem Rundfunkmanuskript, hat ‚den Vorteil eines sehr eindeutigen Zieles, der Befreiung und Freihaltung deutschen Bodens‘“. Das Zitat soll bei Schulze als Beleg dafür dienen, daß man Rothfels‘ „innere Übereinstimmung mit den nationalen Zielen des neuen Regimes in Anschlag bringen“ müsse<sup>4</sup>. Doch ebendies leistet der zitierte Satz nicht. Er bezieht sich auf die außenpolitischen Ziele und Erfolge der Weimarer Republik und nicht auf das nationalsozialistische Regime, das erst drei Jahre nach den Königsberger Rundfunkvorträgen an die Macht kam. Schulze hat sich von der Fehldatierung im vorläufigen Findbuch des Bundesarchivs beziehungsweise von der noch zu erörternden Aufschrift des einschlägigen Schubers im Nachlaß Rothfels zu einer Fehlinterpretation verleiten lassen. So viel zum „Forschungsstand“, den Haar, in eigentümlicher Verkennung der Aufgaben historischer Forschung, festschreiben möchte.

Korrektes Zitieren ist aber auch in diesem Fall nicht die Stärke des Autors. Schulze datiert die Quelle, die er mit der gebotenen Vorsicht ein „Rundfunkmanuskript“ und nicht etwa einen Rundfunkvortrag nennt, nicht auf den „März 1933“, sondern allgemeiner auf „1933“. Bei Haar heißt es, Schulze habe Rothfels 1991 der „breiten politischen Strömung der konservativen Republikgegner unter den deutschen Historikern“ zugeordnet, „die nach den gescheiterten Versuchen, die Präsidialkabinette in eine offene Rechtsdiktatur umzuwandeln, 1933 in das Lager der Nationalsozialisten übergegangen seien“.

Etwas anders hat sich Schulze schon ausgedrückt. Er schreibt: „Politisch standen die Historiker in der Überzahl im Lager der Feinde der Republik bzw. waren

<sup>3</sup> Vgl. Ingo Haar, Quellenkritik oder Kritik der Quellen? Replik auf Heinrich August Winkler, in: VfZ 50 (2002), S. 497–505.

<sup>4</sup> Winfried Schulze, Hans Rothfels und die deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, in: Christian Jansen u.a. (Hrsg.), Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995, S. 83–98 (Zitat S. 90).

bestenfalls ‚Vernunftrepublikaner‘. Revision von Versailles, Demokratiekritik und Distanz, wenn nicht Feindschaft gegenüber der Verfassung prägten die historischen Publikationen, auch und gerade wenn diese den Freiherrn vom Stein, die Revolution von 1848 oder Bismarck behandelten. Rothfels unterschied sich hier nicht von seinen Fachgenossen, und damit waren mögliche Überschneidungsbereiche zwischen nationalkonservativen Historikern und nationalsozialistischem Gedankengut gegeben.“<sup>5</sup> Hätte Schulze das Rundfunkmanuskript richtig datiert und entsprechend interpretiert, hätte er den Rothfels von 1930 den konservativen „Vernunftrepublikanern“ zuordnen müssen. Von einem „Übergang“ zum Nationalsozialismus aber ist bei Schulze nicht die Rede, sondern von „möglichen Überschneidungsbereichen“ zwischen konservativem und nationalsozialistischem Gedankengut. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Doch zunächst zur Vorgeschichte des falschen Vermerks im vorläufigen Findbuch des Bundesarchivs. Das Rundfunkmanuskript von 1930 befindet sich im Band 12 des Nachlasses von Hans Rothfels. Band 12 ist ein Schubert mit der handschriftlichen Aufschrift „Vorträge in Königsberg: 1.) Der deutsche Staatsgedanke von Friederich [sic!] dem Großen bis zur Gegenwart. 4 Vorträge 1933. 2.) Heerführung und Politik 1 Vortrag 1933 dazu Materialien“. Haar behauptet, Rothfels selbst habe die fragliche Rundfunkrede auf 1933 datiert. Doch die Handschrift auf dem Schubert ist eindeutig nicht die von Rothfels. Nach Angaben des Bundesarchivs ist die Aufschrift „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ auch nicht dort angefertigt worden, sondern stammt möglicherweise von einem Assistenten oder einem studentischen Mitarbeiter von Rothfels<sup>6</sup>. Die Jahreszahl „1933“ dürfte sich daraus erklären, daß Rothfels das Rundfunkmanuskript in der Folgezeit immer wieder als Grundlage von Vorträgen benutzt hat, zuletzt wohl im Januar 1933 in Königsberg.

Von dem maschinenschriftlichen Manuskript „Der deutsche Staatsgedanke von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart“ sind sieben maschinenschriftliche Seiten, die Titelseite und sechs weitere erhalten geblieben. Dazu kommt eine später hinzugefügte handschriftliche Seite, die Haar veranlaßt, fälschlich von acht erhaltenen Seiten zu sprechen. Korrekturen, Hinzufügungen und Streichungen hat Rothfels anlässlich der Überarbeitung für Vortragszwecke vorgenommen. Gestrichen wurden zwei Halbsätze, die auf Stresemann Bezug nehmen, nicht aber die positive Würdigung seiner Außenpolitik im ganzen. Erhalten blieb auch das Lob auf Ebert, den „ersten Präsidenten des Reiches“, den die staatliche Aufgabe „ergriffen und aus der Parteiluft herausgeführt“ habe. Es ist jene Bemerkung, von der es in Haars Buch heißt: „Hindenburg ordnete Rothfels die ‚staatliche Aufgabe‘ zu, den ‚deutschen Staatsgedanken‘ ‚aus der Parteiluft‘ herauszuführen“<sup>7</sup>. In der im Herbst 2002 erschienenen,

<sup>5</sup> Ebenda, S. 88.

<sup>6</sup> Briefe von Archivdirektor Dr. Jürgen Real an den Vf. vom 21. 6. 2001 und 11. 7. 2002.

<sup>7</sup> Haar, *Historiker*, S. 129. In der 2. Auflage des Buches schreibt Haar in einer Anmerkung auf S. 129 zur Datierung des Manuskripts: „Winkler [...] datiert die Quelle entgegen der Datierung des Nachlassgebers Rothfels auf 1930 um [sic!]. Die Quelle ist vermutlich zwischen Januar und März 1933 vor [sic!] Hitlers Machtantritt erstellt worden.“ Da Hitler am 30. Januar 1933 an die Macht

laut Impressum „durchgesehenen und verbesserten“ Auflage des Buches hat Haar diesen Satz stillschweigend gestrichen. Ebenso fehlt der Satz: „Hernach reihte er [Rothfels] Hitler in die Kontinuität Friedrichs des Großen und Bismarcks ein.“

Auf der handschriftlichen Seite, die Rothfels nach 1930 dem Manuskript hinzugefügt hat, steht die zuerst von mir, dann auch von Haar zitierte Passage: „Das Notverordnungsregiment ist in seiner Weise eine Wiederbelebung des Obrigkeitsstaates, der Ministerialbürokratie, die gewiß nur Übergang sein kann, aber zunächst einmal den Staat vom Regiment der Interessenten löst und ihn fähig macht, die nationale Bewegung, die gegen ihn läuft, in sich aufzunehmen. Wir hoffen, daß das geschieht und daß die Opfer, die täglich dafür gebracht werden, eine Bürgerschaft dafür sind.“

Wann ist dieser Zusatz entstanden? Haar behauptet zunächst: „Eine derartige Position war erst nach dem Preußen-Schlag Franz von Papens im Juli 1932 möglich.“ Dann heißt es: „Der einzige Zeitraum, der für derartige Einlassungen in Frage kommt, sind die Wochen, die zwischen der Berufung Hitlers durch Hindenburg im Januar 1933 und der letzten Reichstagswahl im März liegen.“ Das ist eine widersinnige Datierung. Warum hätte Rothfels *nach* der Machtübertragung an Hitler für eine Einbindung der „nationalen Bewegung“ in den bestehenden, nicht mehr parlamentarisch, sondern durch Notverordnungen regierten Staat eintreten sollen?

Eine genauere Lektüre bewahrt auch hier vor allzu originellen Schlüssen. Im handschriftlichen Text heißt es: „In der Politik der Stabilisierung und, wie man sonst über sie urteilen mag, ganz gewiß in den letzten 1½ Jahren hat sich die wirkliche Härte der Dinge demgegenüber [gegenüber dem zuvor angeprangerten „Illusionismus der wirtschaftlichen und politischen Inflation“] überwältigend durchgesetzt.“ „In den letzten eineinhalb Jahren“: Das kann sich nur auf die Zeit des Präsidialregimes beziehen, das mit Brüning begann. Heinrich Brüning wurde am 30. März 1930 zum Reichskanzler ernannt. Eineinhalb Jahre danach befand man sich im Herbst 1931.

In dieser Zeit hat Rothfels offensichtlich Vorträge gehalten, die auf dem ursprünglichen Rundfunkmanuskript beruhten. Und mindestens einmal noch griff er auf diesen Text zurück. Das geht aus der Streichung der Zahlenangabe „1½“ und die Ersetzung durch die Zahl „3“ hervor. Drei Jahre nach der Abkehr von der parlamentarischen Demokratie schrieb man bereits das Jahr 1933. Da Rothfels vom „Notverordnungsregiment“ immer noch, wie im Herbst 1931, in der Gegenwartsform spricht und diesem empfiehlt, „die nationale Bewegung, die gegen ihn läuft, in sich aufzunehmen“, kann der Zeitpunkt der Vorträge nur im Januar 1933, aber auf jeden Fall vor dem 30. Januar, gelegen haben.

---

kam, fallen die Monate Februar und März 1933 in die Zeit *nach* dem Machtantritt. Haar scheint den Widerspruch nicht bemerkt zu haben oder irrigerweise davon auszugehen, Hitler sei erst im März 1933 an die Macht gekommen. Um die Verwirrung zu vervollständigen, heißt es auf derselben Seite im Text: „Unmittelbar nach 1933 [sic!] plädierte Rothfels dafür, daß die ‚nationale Bewegung‘, die gegen den Staat laufe, von dem Präsidialregime und der Ministerialbürokratie aufgenommen werden möge.“

Um seine These von der „Radioansprache zum Machtantritt der Nationalsozialisten“ zu retten, spekuliert Haar, Rothfels könne „alte Seiten von 1930 um Teile eines anderen Manuskripts aus späterer Zeit ergänzt und diese Stücke mit einem handschriftlichen Zusatz von 1933 zu einem eigenständigen Vortrag verarbeitet haben. Bis jetzt liegen keine eindeutigen Beweise auf dem Tisch, die sogar eine Vortragszeit nach dem März 1933 ausschließen [sic!], als die Nationalsozialisten nach den Wahlen schon relativ fest im Sattel saßen.“ Durch Streichung eines Stresemann betreffenden Passus – einer in Haars Buch noch unbemerkt gebliebenen Hommage – hätten die Formulierungen von 1930 nun einen ganz anderen Sinn erhalten. Der „neue Staat“ beruhe jetzt auf einem „Bündnis der konservativen Eliten mit den Nationalsozialisten“.

Das ist eine geradezu abenteuerliche Konstruktion. In Rothfels' maschinenschriftlichem Manuskript heißt es (und nichts davon wurde später gestrichen): „Aus diesem Zusammenbruch [der Monarchie im Herbst 1918], dem tiefsten der deutschen Geschichte, aus dem drohenden Chaos und unter krampfhaften Zuckungen entband sich der neue Staatsgedanke der Republik.“ Die folgenden Ausführungen beziehen sich durchgängig auf die Republik. Das gilt auch für den von Haar wie von Schulze als Bekenntnis zum „Dritten Reich“ mißdeuteten Satz: „Bei allen Lasten, die ihm auferlegt worden sind, hat der neue deutsche Staat den Vorteil eines sehr eindeutigen Ziels, der Befreiung und Freihaltung des deutschen Bodens.“ Der anschließende Hinweis auf die „Abstimmungskämpfe im Osten“ und die „Besatzungsfrage im Westen“ macht den „Weimarer“ Hintergrund dieser Aussage nochmals ganz deutlich.

Die Annahme, Rothfels hätte nach dem 30. Januar (oder gar dem 5. März) 1933 noch eine Rundfunkrede halten können, in der Ebert gelobt und die Verdienste der Weimarer Republik gewürdigt werden, ist, gelinde gesagt, naiv. Eine Rundfunkrede hat Rothfels im Frühjahr 1933 aber tatsächlich noch zu halten versucht. Es sollten Gedenkworte zum 1. April 1933, dem 118. Geburtstag Otto von Bismarcks, sein. Am 30. März 1933 sprach Rothfels ein letztes Mal über den Ostmarken-Rundfunk Königsberg. Aber er kam nicht weit. Gleich zu Beginn der Ansprache ging Rothfels auf Bismarcks Religiosität ein. Er zitierte die Losung der Herrnhuter Brüdergemeinde für den 2. Juni 1878, den Tag, „an dem der Anarchist Nobiling das Attentat auf den greisen Kaiser [Wilhelm I.] verübte, und die da hieß: ‚Fürchtet Euch nicht vor denen, die den Leib töten und die Seele nicht mögen töten‘“, und fügte dann Bismarcks handschriftlichen Kommentar hinzu: „Schufte aber sind sie!“ An dieser Stelle wurde das Mikrofon abgeschaltet. Das im Bundesarchiv aufbewahrte Teilmanuskript hält den von Rothfels niedergeschriebenen Vermerk fest: „Wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit abgebrochen! 30. III. 33!“ Offenbar waren die beiden Zitate von zuständiger Seite als verdeckter Angriff auf das neue Regime verstanden worden<sup>8</sup>.

<sup>8</sup> Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, Bestand N 1213, Nachlaß Rothfels, Bd. 30. Das Bibelzitat: Matthäus 10,28. Vgl. dazu Arnold Oskar Meyer, Bismarcks Glaube. Nach neuen Quellen aus dem Familienarchiv, München 1933, S. 30.

In seinem Vorsatz, an der These von einer über die „Deutsche Welle“ ausgestrahlten Rundfunksprache zur „Machtergreifung“ wider alle Gegenargumente festzuhalten, versteigt sich Haar noch zu weiteren Spekulationen. Er bezweifelt, ob Rothfels 1930 überhaupt vier Vorträge über den „deutschen Staatsgedanken von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart“ beim Ostmarken-Rundfunk Königsberg gehalten habe, und behauptet, das einzige „Indiz“ für meine „Auffassung“ sei die Tatsache, daß „die Rede 1930 im Programmheft des ‚Ostmarken-Rundfunks‘ als Teil einer mehrteiligen Sendereihe angekündigt wurde. Die Folgesendungen für die nächsten Wochen und Monate sind allerdings in den fraglichen Programmheften nicht zu finden. Es liegt auch keine Bestätigung vor, daß die Reihe tatsächlich gesendet wurde.“ In Wirklichkeit sind in der Zeitschrift „Königsberger Rundfunk und Ostdeutsche Illustrierte“ vom 19. Januar 1930 ab Ankündigungen auf alle vier Vorträge von Rothfels enthalten: für den 23. Januar, den 28. Januar, den 6. Februar und den 12. Februar 1930. Welchen Grund sollte die Zeitschrift des Senders gehabt haben, vier Vorträge anzukündigen, die alle nicht stattfanden? Daß Rothfels vom Ostmarken-Rundfunk sehr geschätzt wurde, steht fest: Noch im Januar 1933 wurde er in den Programmbeirat des Senders berufen?

Auf tönernen Füßen steht auch ein weiterer Versuch der Thesenrettung. Vielleicht gebe es ja, so meint Haar, zwei „Ursprungsmanuskripte“ aus unterschiedlichen Zeiten, eines für den Ostmarken-Rundfunk und eines für die „Deutsche Welle“. Tatsache ist, daß das Manuskript, das Anfang 1930 vom Ostmarken-Rundfunk ausgestrahlt wurde, auch der „Deutschen Welle“ vorgelegen hat. Das geht aus dem Stempel des Senders auf dem Titelblatt hervor. Aber es gibt bisher keinen Hinweis darauf, daß es von der „Deutschen Welle“ gesendet wurde. Die handschriftlichen Ergänzungen und Streichungen von Rothfels sind, wie schon bemerkt, Aktualisierungen für den Zweck späterer Vorträge. Eine Rundfunksendung hätte eine maschinenschriftliche Vorlage erfordert, die das Gegenlesen durch mindestens einen Redakteur und einen Toningenieur erlaubte. Es gibt aber keine einzige, mit der Schreibmaschine geschriebene Ergänzungsseite, so daß eine spätere, aktualisierte Neufassung der Rundfunkvorträge von 1930 für die „Deutsche Welle“ ausgeschlossen werden kann.

Vieles spricht jedoch dafür, daß das Manuskript *erst* der „Deutschen Welle“ und *dann* dem Königsberger Sender vorgelegen hat. Da der Text auf den Tod Stresemanns Bezug nimmt, kann der Beitrag erst nach dem 3. Oktober 1929 entstanden sein. Bei der durchgestrichenen, nicht von Rothfels stammenden handschriftlichen Datumsangabe „9. Oktober“ fehlt die Jahreszahl. Sollte eine Sendung der „Deutschen Welle“ am 9. Oktober 1929 geplant gewesen sein, könnte man einen Zusammenhang mit der regierungsamtlichen Rundfunkpropaganda gegen das von der nationalistischen Rechten betriebene Volksbegehren gegen den Young-Plan vermuten, dessen Eintragungsfrist am 29. Oktober 1929 auslief. Hätte Rothfels ein oder

<sup>9</sup> Brief von Friedrich Dethlefs von der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt a.M., an den Vf. vom 8. 5. 2001.

zwei Jahre danach im Rundfunk über Wandel und Kontinuität des deutschen Staatsgedanken sprechen wollen, wäre er gewiß auf die Ablösung der parlamentarischen Demokratie durch das Notverordnungsregime eingegangen, wie er es dann später in seinem handschriftlichen Nachtrag für Vortragszwecke getan hat. Da im Urmanuskript jeder Hinweis darauf fehlt, dürfte es vor Beginn der Ära Brüning entstanden, mit dem „9. Oktober“ also der des Jahres 1929 gemeint sein.

Für eine Entstehung des Manuskripts im Oktober 1929 spricht wohl auch der folgende, später teilweise gestrichene Passus: „Die Doppelgefahr zielloser Verzweiflungstaten und einer müden Einpassung ist vermieden worden, man hat einen mühsamen Weg dazwischen eingeschlagen, *und wir haben grade [sic!] in diesen Tagen allen Grund, daran zu erinnern, einen Weg geführt [sic!] mit den bescheidenen Mitteln, die uns geblieben sind*, aber mit zähem Ringen um den Erfolg. Aus solcher entsagungsvollen Arbeit, *die den verantwortlichen Leiter frühzeitig verzehrt hat*, kann der Staatsgedanke ein Kapital an Herbe und Strenge gewinnen.“ Die kursiv gesetzten Satzteile sind bei einer späteren Überarbeitung des Manuskripts gestrichen worden.

In meiner Kritik an Haar habe ich vermutet, die Worte „gerade in diesen Tagen“ könnten sich auf die Unterzeichnung des Young-Plans am 20. Januar 1930, drei Tage vor dem ersten Königsberger Rundfunkvortrag, bezogen haben. Mittlerweile erscheint es mir fast sicher, daß *beide* später gestrichenen Passagen auf den plötzlichen Tod Stresemanns am 3. Oktober 1929 anspielen, also einen ganz aktuellen Hintergrund haben. Wenn diese Annahme richtig ist, wäre die Urfassung des Textes wohl zwischen dem 3. und 9. Oktober 1929 entstanden oder abgeschlossen worden. Warum die „Deutsche Welle“ die Vorträge nicht gesendet hat (und davon muß man ausgehen), bleibt aber immer noch offen. So viel zu Haars Schlüsseldokument.

Haar unterstellt mir, ich hätte Rothfels im „Schleicher-Lager“ verortet. In meinem Aufsatz habe ich etwas anderes geschrieben. Ich stelle fest, daß Rothfels in der Zeit der Präsidialkabinette nach rechts gerückt, aber gouvernemental geblieben sei. „Er setzte auf die Einbindung und Zähmung der Nationalsozialisten. Er verfiel damit selbst dem von ihm angeprangerten ‚Illusionismus‘. Zu einem Befürworter diktatorischer Krisenlösungen, wie sie Hugenberg's Deutschnationale propagierten, wurde er aber nicht. Seine Vorstellungen von einer Entradikalisierung und Integration der Nationalsozialisten lagen eher auf der Linie gemäßigter Konservativer wie Brüning oder auch des letzten Weimarer Reichskanzlers Kurt von Schleicher, der sich bis in den Januar 1933 hinein vergeblich bemühte, die NSDAP oder mindestens einen Teil derselben in das Regierungslager zu ziehen.“<sup>10</sup> Eine gewisse Nähe zu den Zähmungsvorstellungen Brünings und Schleichers ist etwas anderes als eine Zugehörigkeit zum „Schleicher-Lager“.

Reichskanzler Brüning hatte sich nach den hessischen Landtagswahlen vom 15. November 1931 erstmals für eine schwarz-braune Koalition, also ein Zusammengehen von Zentrum und Nationalsozialisten, ausgesprochen – freilich unter strengen rechtsstaatlichen Kautelen, auf welche die Nationalsozialisten nicht einzugehen

<sup>10</sup> Winkler, Hans Rothfels, S. 648.

bereit waren<sup>11</sup>. Rothfels' erstes Eintreten für eine Verständigung zwischen Präsidialsystem und „nationaler Bewegung“ fällt in diese Zeit. Offenbar gab er den einschlägigen Bemühungen des Kanzlers mehr Erfolgchancen, als sie angesichts des totalitären Charakters der NSDAP je hatten.

Schleicher erscheint in Haars „Replik“ nicht nur als „Widerstandsposten der bürgerlichen Rechten gegen den Aufstieg Hitlers“ (was er keineswegs durchgängig und als Reichskanzler nicht mit der Konsequenz war, die Haar suggeriert). Schleicher soll darüber hinaus „nach Franz von Papens offenem Revisionskurs gegen Polen wieder den Ausgleich mit dem Westen“ gesucht haben. Richtig ist, daß Schleicher in seiner kurzen Regierungszeit der Aufrüstung Vorrang vor Grenzkorrekturen im Osten gab. Dass er Frankreich gegenüber freundlicher gesonnen gewesen sei als Papen, ist hingegen schlangweg falsch. Papen war, was nicht zuletzt an persönlichen wirtschaftlichen Interessen lag, der frankophilste der drei Präsidialkanzler, freilich auch der am stärksten antisowjetische. Haar hätte sich über die Unterschiede in der Außenpolitik Papens und Schleichers leicht und zuverlässig in der neuesten Darstellung informieren können, auf die er sich bezieht, um seine eigene, unhaltbare Deutung zu belegen: in Hermann Gramls Buch „Zwischen Stresemann und Hitler“. Doch wieder einmal zitiert Haar etwas, was er nicht oder allenfalls oberflächlich gelesen hat<sup>12</sup>.

Dem „Schleicher-Lager“ stellt Haar das „radikale Lager Franz von Papens und Freiherr von Gayls“ gegenüber, dem sich Hans Rothfels 1932 angeschlossen haben soll. Auch diese kühne These bleibt ein bloßes Konstrukt. Rothfels galt als Sympathisant der Volkskonservativen Vereinigung um Gottfried Treviranus, die Brüning und später Schleicher unterstützte, Papen aber kritisch gegenüberstand<sup>13</sup>. Gegen ein Papen-Gayl-Lager sprechen im übrigen schon die starken Gegensätze zwischen beiden. Der Reichsinnenminister des Kabinetts von Papen, Wilhelm Freiherr von Gayl, war ein hochkonservativer Gegner Hitlers. In der Sitzung des Reichskabinetts vom 10. August 1932 – zehn Tage nach der Reichstagswahl vom 31. Juli, in der die NSDAP mit einem Stimmenanteil von 37,4 Prozent zur weitaus stärksten deutschen Partei aufgestiegen war – widersetzte er sich einer Aufnahme der Nationalsozialisten in die Reichsregierung, weil dadurch eine „Parlamentsherrschaft mit allen ihren Schwächen“ zurückkehren würde. „Wenn man es aber ablehne, die Nationalsozialisten

<sup>11</sup> Vgl. Heinrich August Winkler, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1998, S. 433 ff.

<sup>12</sup> Vgl. Hermann Graml, Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher, München 2001, S. 206 ff. In der 2. Auflage seines Buches (S. 130) spricht Haar von „Papens Abenteuerkurs, der den Anschluß Österreichs an das Reich auch gegen das Votum des Völkerbundes und in Kombination mit einer Ausdehnung des Reichs auf ‚Mitteleuropa‘ erzwingen wollte“. Er verweist dazu auf Graml, der aber an der angegebenen Stelle (S. 223) die antifranzösische Mitteleuropapolitik der beiden Kabinette Brüning und hier besonders das Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion kritisiert und den „frankophilen“ Aspekt der außenpolitischen Zielsetzung Papens betont.

<sup>13</sup> Vgl. Erasmus Jonas, Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965. Hinweise auf Rothfels' Nähe zu den Volkskonservativen erhielt ich aus seinem Königsberger Schülerkreis. Auch seine noch zu erörternde Bereitschaft, am Projekt einer volkskonservativen Zeitschrift mitzuwirken, deutet in diese Richtung.

sten in die Reichsregierung hereinzunehmen, werde das jetzige Kabinett einen Kampf auf Leben und Tod zu führen haben. Letzten Endes bedeute dies eine Revolution von oben.“<sup>14</sup>

Papen hingegen schwankte zwischen seinem eigenen Wunsch nach einem Arrangement mit Hitler und seiner Loyalität gegenüber dem Reichspräsidenten von Hindenburg, der es bis in den Januar 1933 hinein strikt ablehnte, den Führer der Nationalsozialisten zum Reichskanzler zu ernennen. Für irgendwelche Verbindungen Rothfels' zu Papen oder Gayl gibt es keinerlei Anhaltspunkte. Dagegen trat der Königsberger Historiker in der Regierungszeit Kurt von Schleichers mit Gayls Nachfolger im Amt des Reichsinnenministers, Franz Bracht, auf einer Veranstaltung auf: Es war die Eröffnung der Ausstellung „Ostpreußen – was es leidet, was es leistet“ in Berlin am 8. Januar 1933. Dazu heißt es in Haars Buch, an jenem Tag habe Bracht „zusammen mit Hans Rothfels die nationalpolitischen Prinzipien der Papen-Regierung“ dargelegt<sup>15</sup>.

Meinen Hinweis, daß Bracht am 8. Januar 1933 nicht für eine Reichsregierung sprechen konnte, die es seit dem 3. Dezember 1932 nicht mehr gab, referiert Haar, ohne sich zu korrigieren. Stattdessen bemüht er einen Artikel von Rothfels über „Deutschland und der Donaauraum“, der am 13. Januar 1933 in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ erschien, um zu belegen, daß die Sympathien des Historikers nicht dem Kabinett Schleicher, sondern dem „Papen-Kurs“ gehört hätten. Rothfels habe darin eine isolierte Grenzrevision gegenüber Polen oder einen bloßen Anschluß Österreichs an das Reich als unbefriedigende Lösung abgelehnt und mehr, nämlich eine „europäische Neuordnung“ gegen Frankreich, gefordert. „Hans Rothfels erteilte damit Schleichers Versuch, als neuer Kanzler einen gemäßigten Revisionskurs einzuschlagen und wenigstens im Westen die zuvor von Franz von Papen zerschlagenen Scherben in der Außenpolitik wieder zu kitten, eine klare Absage. Die von Rothfels geforderte Expansionspolitik war nur im Bündnis mit den Nationalsozialisten zu erreichen, weshalb Rothfels den Kontakt zu ihnen suchte und in Berlin und Königsberg auch fand.“

Auf Haars Fehlinterpretation der Außenpolitik Papens und Schleichers braucht nicht nochmals eingegangen zu werden. Für Kontakte Rothfels' zu den Nationalsozialisten in der Zeit der späten Weimarer Republik bleibt der Autor jeden Beweis schuldig. Der Artikel in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ kann auch nicht als Beleg für Haars Behauptung dienen, Rothfels habe auf einen „Großstaat unter deutscher Führung“ hinausgewollt, „in dem ein Teil der polnischen Bevölkerung – unter Verlust der politischen Souveränität – zwar seinen Platz haben sollte, aber im Rahmen einer rückwärts gewandten Ständeordnung, die den Machtanspruch der

<sup>14</sup> Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932, Bd. 1: Juni bis September 1932, Dokumente Nr. 1 bis 129, bearb. v. Karl-Heinz Minuth, Boppard 1989, S. 382.

<sup>15</sup> Haar, Historiker, S. 120. In der 2. Auflage (S. 120) hat Haar die „nationalpolitischen Prinzipien der Papen-Regierung“ ersetzt durch „nationalpolitische Prinzipien des Papen-Kurses“ (Hervorhebungen von mir).

Deutschen gegenüber den Bürgern des zu zerschlagenden polnischen Nationalstaates realisieren sollte“.

Von einem „Großstaat unter deutscher Führung“ ist weder im Zeitungsartikel vom 13. Januar 1933 noch sonstwo bei Rothfels die Rede. Rothfels hielt das Modell des demokratischen Nationalstaates westlicher Prägung für nicht übertragbar auf Gebiete mit ethnischer Gemengelage, wie sie in Ostmitteleuropa die Regel und nicht die Ausnahme waren. Die konsequente Durchsetzung des Mehrheitsprinzips mußte hier zur Diskriminierung der ethnischen Minderheit durch die Titulnation führen: Aus dieser Analyse ergab sich mit innerer Logik Rothfels' Eintreten für „ein Prinzip der Ordnung und des Ausgleichs, das den Erfordernissen national gemischter Gebiete Rechnung trägt und den in Gemenge liegenden Völkern ein aufbauendes Leben ermöglicht“<sup>16</sup>. So steht es in dem von Haar als belastend eingestuften Artikel in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“, der tatsächlich in keinem Punkt über den „Revisionskonsens“ hinausging, wie ihn *alle* Regierungen der Weimarer Republik seit 1919 vertreten hatten.

Die Frage, was an Rothfels' Kritik an der Nachkriegsordnung in Ostmitteleuropa von 1919 sachlich begründet und politisch berechtigt gewesen sein könnte, stellt sich Haar erst gar nicht. Er unterläuft damit das Problem, um das es im „Fall Rothfels“ (und nicht nur in seinem Fall) geht: um die Unterscheidung zwischen Konzepten für die Lösung von Konflikten, die sich aus ethnischen Gemengelagen ergaben, und der Dienstbarmachung solcher Konzepte für Zwecke nationaler Hegemonialpolitik. Bei Rothfels findet man beides: konstruktive Überlegungen, die auf den Ausgleich nationaler Gegensätze zielen, und die Verfechtung eines deutschen Anspruchs auf die Führung Mitteleuropas. In dieser Hinsicht war er typisch für die meisten konservativen Intellektuellen der Weimarer Republik. Aber nichts, was er damals schrieb, rechtfertigt es, ihn, wie Haar das tut, einen Historiker zu nennen, der schon unmittelbar vor oder nach dem 30. Januar 1933 für die Nationalsozialisten Partei ergriff.

Haar bleibt auch jeden Beleg dafür schuldig, daß sich Rothfels im August 1933 auf dem Internationalen Historikertag in Warschau „hinter die Reichsregierung Hitler gestellt hat“. Wer die in der einschlägigen Anmerkung genannten Seiten des Buches „Historiker im Nationalsozialismus“ prüft, wird auch dort nicht fündig. Nicht besser ist es um die Behauptung bestellt, Rothfels habe sich 1934 in einem Aufsatz „zu dem außenpolitischen Ziel der ‚revolutionären Gegenwart‘“ bekannt und „im ‚Volkstumskampf‘ einen gangbaren Weg zur Befriedung von Regionen mit ethnisch motivierten Konflikten“ gesehen. In dem Aufsatz „Bismarck, das Ansiedlungsgesetz und die deutsch-polnische Gegenwartsfrage“, der im Dezember 1934 in den „Deutschen Monatsheften in Polen“ erschien, betont Rothfels, daß Bismarck der „Pangermanismus als politischer Expansionswille über die Grenzen hinweg“ ebenso fern gelegen habe wie „innerhalb des Reiches jedes Bestreben nach mechani-

<sup>16</sup> Hans Rothfels, Deutschland und der Donauraum, in: Königsberger Allgemeine Zeitung, 13. 1. 1933 (BA Koblenz, Bestand N 1213, Nachlaß Rothfels, Bd. 18).

scher Gleichförmigkeit, nach planmäßiger Assimilation, also jede grundsätzliche Feindschaft gegenüber dem fremden Volkstum als solchem“.

Ein Bekenntnis zum „außenpolitischen Ziel der ‚revolutionären Gegenwart‘“ sucht man bei Rothfels vergebens. Er bekennt sich im Gegenteil zu „Überlieferungen, die nur eine gesinnungslose Schwärmerei sich vermessen könnte, von heute auf morgen auszulöschen, die vielmehr wie alle echte Geschichte, an der Gestaltung der Gegenwart, auch einer revolutionären Gegenwart, mitwirken“. Der Begriff „Volkstumskampf“ kommt in dem Artikel überhaupt nicht vor. Der Satz, auf den Haar anspielt, lautet im Original: „Seine [Bismarcks] Ostpolitik führt in Ansätzen mindestens an die Aufgabe einer grundsätzlichen Neuordnung heran, die vor allem im Geistigen liegt, in der inneren Überwindung des liberal-demokratischen ‚Nationalstaats‘, im Ausgleich nicht nur, sondern in der Fruchtbarmachung der Spannungen, die zwischen Staatszugehörigkeit und Volkszugehörigkeit in einem national gemischten Raum nun einmal schicksalsmäßig bestehen.“<sup>17</sup>

Was in dem Aufsatz steht und was Haar daraus macht, klafft so stark auseinander, daß es schwer fällt, nicht von verfälschender Manipulation, also von Geschichtsklitterung zu sprechen. Einem weniger voreingenommenen Autor hätte sich bei dem Text vom Dezember 1934 vielleicht sogar die Frage aufgedrängt, ob Rothfels' demonstratives, durchaus unkritisch zu nennendes Lob für Bismarck nicht eine indirekte Kritik an Hitler in sich schloß. Das Nein zum „Pangermanismus“, zur „politischen Expansion über die Grenzen hinaus“, zum „Bestreben nach mechanischer Gleichförmigkeit“, zur „grundsätzlichen Feindschaft gegenüber dem fremden Volkstum als solchem“ muß jedenfalls überzeugten Nationalsozialisten höchst verdächtig vorgekommen sein. Aus Hans Mommsens Studie über Rothfels von 1982 wissen wir, daß der Königsberger Historiker bereits ein Jahr nach der „Machtergreifung“ reaktionärer Umtriebe verdächtigt wurde. So heißt es in einem Vermerk des „Herrn Stabsleiters“ beim „Stellvertreter des Führers“ vom Januar 1934: „Es stellt sich aber heraus, daß sich um Rothfels, der auch als Persönlichkeit hervorragt, immer wieder reaktionäre Gruppen bilden.“<sup>18</sup> Bei Haar ist davon keine Rede, weil er nichts wahrnimmt, was sein Rothfelsbild in Gefahr bringen könnte.

<sup>17</sup> Ders., Bismarck, das Ansiedlungsgesetz und die deutsch-polnische Gegenwartsfrage, in: Deutsche Monatshefte in Polen. Zeitschrift für Geschichte und Gegenwart der Deutschen in Polen 1 (1934), Heft 6 (Dezember), S. 214–218 (Zitate: S. 218). In der 2. Auflage von Haars Buch heißt es zu dem Aufsatz (S. 200 f.): „Hans Rothfels begriff das Modell der Sonderung konkurrierender Bevölkerungsgruppen als eine Alternative zur Nationalstaatsbildung nach westlichem Vorbild. Es bot seiner Ansicht nach die Chance, die Konflikte zwischen einzelnen ‚Völkern‘ durch eine Politik der ethnischen Trennung gänzlich abzustellen.“ Kein Satz des Textes erlaubt eine solche Interpretation. Haar stellt *seine* Mißdeutung als Meinung von Rothfels dar. Rothfels vertrat für ethnisch gemischte Gebiete das Prinzip einer nationalen „Kulturautonomie“, aber nicht das der ethnischen Trennung. Er verwies dabei besonders auf das von ihm als vorbildlich bewertete Gesetz über die estländische Kulturautonomie von 1925. Hans Rothfels, Das Problem des Nationalismus im Osten (1934), in: Ders., Ostraum, Preußentum und Reichsgedanke. Historische Abhandlungen, Vorträge und Reden, Leipzig 1935, S. 183–194.

<sup>18</sup> Hans Mommsen, Hans Rothfels, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Deutsche Historiker, Bd. 9, Göttingen 1982, S. 127–147 (Zitat S. 146).

Nachdem Rothfels im Juli 1934 wegen seiner jüdischen Abstammung, aber wohl auch wegen seiner betont konservativen Haltung die Lehrtätigkeit in Königsberg hatte einstellen müssen, kämpfte er um sein wissenschaftliches Überleben. Formell endete die Lehrtätigkeit an der Albertina mit der Versetzung an eine andere, noch nicht genannte Universität auf Grund des § 5 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. Seine Emeritierung, die im März 1935 erfolgte, wurde mit der Erteilung eines unentgeltlichen Forschungsauftrages an der Preußischen Staatsbibliothek Berlin und der Genehmigung des Umzuges in die Reichshauptstadt verbunden. Der unfreiwillige, damals knapp 44 Jahre alte Emeritus wollte aber wenigstens in begrenztem Umfang an der Berliner Universität lehren – ein Anliegen, für das sich auf Drängen eines früheren englischen Austauschstudenten auch der damalige Beauftragte der Reichsregierung für Abrüstungsfragen, Joachim von Ribbentrop, beim Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Bernhard Rust, einsetzte. Er, Ribbentrop, wäre, so heißt es in einem Brief vom 25. Februar 1935, Rust dankbar, „wenn Sie die Angelegenheit in dem von mir gewünschten und für unsere Außenpolitik nützlichen Sinn regeln könnten“<sup>19</sup>. Der Vorstoß schien zunächst von Erfolg gekrönt: Am 20. August 1935 genehmigte das Wissenschaftsministerium Rothfels eine Lehrtätigkeit als Emeritus an der Berliner Universität. Doch schon am 22. November 1935 wurde diese Genehmigung widerrufen<sup>20</sup>.

Die einschlägigen, von Haar zitierten Dokumente vom Frühjahr 1935 liegen in der Außenstelle des Bundesarchivs in Dahlwitz-Hoppegarten, nicht, wie Haar schreibt, in Koblenz. Er kann den Briefwechsel zwischen Rothfels und Ribbentrop, Ribbentrop und Rust, dem Wissenschaftsministerium und Rothfels aber gar nicht selbst eingesehen haben. Sonst hätte er nicht formuliert: „Zwar scheint sich Joachim von Ribbentrop im Februar 1935 bei dem preußischen Minister für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung [sic!], Bernhard Rust, eingesetzt zu haben, um ihm nach seiner Zwangsentfernung in Königsberg wenigstens eine Lehrbefugnis für die Berliner Universität zu sichern...“ Haar schließt den Passus über die Zwangsemeritierung mit dem merkwürdigen Satz: „So wurde aus einem Königsberger Ordinarius, der seinen Wohnsitz unfreiwillig nach Berlin verlegte, zwar ein Staatsbibliotheksbesucher von Rusts Gnaden, aber noch lange kein Vordenker der Vernichtung.“ Wenn diese Worte einen Sinn haben sollen, lautet die Botschaft wohl: Zwar kann man Rothfels nicht einen Vordenker der Vernichtung nennen, aber immerhin war er ein Staatsbibliotheksbesucher von Rusts Gnaden. Ein solches Urteil bedarf keiner Kommentierung. Es spricht für oder vielmehr gegen sich selbst.

Haars Feststellung, Rothfels sei kein „Vordenker der Vernichtung“ gewesen, bezieht sich auf meine Bemerkung, Haar suggeriere den Eindruck, Rothfels sei der

<sup>19</sup> BA Berlin, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten, Bestand ZB II (ehem. NS-Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR), 4538 A 1 (Personalakte Rothfels, Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung).

<sup>20</sup> Vgl. Mommsen, Rothfels, S. 138 f., S. 146.

intellektuelle Urheber dessen, was zwei Historiker aus seinem Königsberger Kreis, Werner Conze und Theodor Schieder, 1939 und danach zum Thema einer „Entjudung“ Polens geschrieben haben. Haar nennt meine Deutung eine Unterstellung. Doch wie soll man die folgende dunkle Andeutung in seiner „Replik“ verstehen? Haar schreibt: „Die auch von Rothfels nicht ausdrücklich abgelehnte [sic!] Erforschung der Mittel und Wege, wie die Politik auf bestimmte Bevölkerungsgruppen zugreifen könnte [sic!], zog im NS-Regime eine Professionalisierung der Ostforschung nach sich, von der die moderne Ostforschung nach 1949 in der Tat profitiert hat.“ Die Zitate aus Rothfels' Arbeiten zu den Nationalitätenfragen in Ostmitteleuropa machen klar, wer hier mit Unterstellungen arbeitet: Haar. Der Zweck seines Vorgehens ist eindeutig: Er möchte Rothfels in eine Art von akademischer Sippenhaft für zwei seiner Schüler nehmen.

Die Art und Weise, wie Haar die wissenschaftliche und politische Rolle von Hans Rothfels vor und nach 1933 interpretiert, ist nicht folgenlos geblieben. In meiner Kritik an Haars Buch habe ich die Rezension seines Werkes von Dieter Schmidt-Sinns in der Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 25. Mai/1. Juni 2001 zitiert, in der es heißt: „In einer Rundfunkansprache zur Machtergreifung der Nationalsozialisten stellte er [Rothfels] sich, wie Ingo Haar schreibt, ‚rückhaltlos hinter das Regime‘, was auch hieß, daß er die Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus den ehemaligen preußischen Ostgebieten guthieß.“ Nachdem „DIE ZEIT“ am 6. Dezember 2001 über meine Kritik an Haar berichtet hatte, meldete sich Schmidt-Sinns, ein promovierter Historiker, in einem Leserbrief nochmals zu Wort. Darin schrieb er, im Grunde gehe es gar nicht „um eine umstrittene Datierung der Rede, sondern um Denken und Wirken des Redners in den dreißiger Jahren“. So habe Rothfels auf dem Göttinger Historikertag 1932 betont, „daß die Gründung des polnischen Nationalstaates auf einer lebensfremden Doktrin beruhe, ein, so Haar, deutliches Plädoyer für die Zerschlagung des polnischen Staates. Es kann kein Zweifel bestehen, daß Rothfels mit solchen Vorstellungen, die er auch nach 1933 vertrat, die nationalsozialistische Eroberungspolitik geistig mit vorbereitete.“<sup>21</sup>

Bei seiner Behauptung, Rothfels habe eine Vertreibung der Polen aus den ehemaligen preußischen Ostprovinzen befürwortet, stützt sich Schmidt-Sinns auf die Interpretation, die Haar einem Aufsatz des Königsberger Historikers aus dem Jahre 1934 unter dem Titel „Der Vertrag von Versailles und der deutsche Osten“ angelehnt läßt. Rothfels habe darin, so Haar, beklagt, „daß die Polen die Politik der ‚Entdeutschung‘ der ehemaligen deutschen Ostgebiete auf unerträgliche Weise vorangetrieben hätten, weshalb sie die gleiche Behandlung verdienten wie die deutschen Vertriebenen: ‚Suum cuique‘ sprach der ‚Osträum‘-Kenner. Rothfels gab damit zum Ausdruck – auch wenn das nicht explizit ausgesprochen wurde [sic!] –, daß er die Vertreibung aus den ehemaligen Gebieten rechtfertigen würde, wenn eine Revision der polnischen Westgrenze

<sup>21</sup> Geistiger Wegbereiter. Leserbrief von Dr. Dieter Schmidt-Sinns, Meckenheim, in: DIE ZEIT, Nr. 1, 27. 12. 2001. Der Bericht zur Kontroverse: Kapitaler Fehler, in: Ebenda, Nr. 50, 6. 12. 2001.

anstände.“ In der 2. Auflage heißt es im gleichen Zusammenhang: „Er [Rothfels] plädierte jetzt für eine ethnographische Aufgliederung des ‚Ostraumes‘“<sup>22</sup>.

Der Aufsatz über Versailles und den deutschen Osten ist ein entschieden revisionistischer Text – wohl der nationalistischste, den Rothfels je geschrieben hat. Er prangerte darin die Siegermächte des Ersten Weltkrieges an, weil sie zwischen Deutschland und Polen willkürliche Grenzen zu Lasten des Deutschtums gezogen und dessen Kulturleistung mißachtet hätten. Aber nirgendwo findet sich ein Satz, der die Behauptung Haars rechtfertigen würde, Rothfels hätte einer Vertreibung der Polen das Wort geredet. Das „Suum cuique“, das Haar nicht mit „Jedem das Seine“, sondern mit „Wie du mir, so ich dir“ zu übersetzen scheint, steht bei Rothfels am Ende des Aufsatzes. Es beschließt die Feststellung, das Gesicht des deutschen Volkes habe sich, „in der Auswirkung von Versailles, nach Osten zurückgewandt, und es wird darauf ankommen, ob es Kräfte bereit hält zu einer Ordnung zwischen den Völkern, über der das altpreußische Königswort steht: Suum cuique“<sup>23</sup>.

Den Vortrag von Rothfels auf dem Göttinger Historikertag vom August 1932, auf den Schmidt-Sinns in seinem Leserbrief verweist, kennt er offenkundig nur aus der Lektüre von Haar. Haar selbst hat die ausgearbeitete und erweiterte Fassung dieses Vortrags, die 1934 als Monographie unter dem Titel „Bismarck und der deutsche Osten. Eine Studie zum Problem des Nationalstaates“ erschien, nirgendwo zitiert und wohl auch nicht gelesen. Er bezieht sich auf einen Ausschnitt aus der Rede, den die „Historische Zeitschrift“ 1932 in einem Friedrich Meinecke anlässlich seines 70. Geburtstages gewidmeten Heft veröffentlichte (ein Umstand, den Haar nicht erwähnt, um Rothfels' einleitende Bemerkungen besser zu einer Kampfansage an Meinecke stilisieren zu können)<sup>24</sup>. Aus der in diesem Vortrag entwickelten, uns schon bekannten These von Rothfels, der auf dem demokratischen Mehrheitsprinzip beruhende Nationalstaat westlicher Prägung passe nicht auf die ethnisch gemischten Gebiete Ostmitteleuropas und bilde hier ein „lebensfremdes Prinzip“, folgert Haar: „Ein deutlicheres Plädoyer für die Zerschlagung des polnischen Staates war kaum denkbar“<sup>25</sup>. In keinem Satz des Vortrags deutet Rothfels eine solche Konsequenz an. Der Text widerspricht eklatant dem, was Haar behauptet und was Schmidt-Sinns unter Berufung auf Haar weiterverbreitet hat.

In einer knappen Zusammenfassung seines Göttinger Vortrags hat Rothfels herausgearbeitet, worauf es ihm „positiv“ ankam. Er schrieb Bismarcks östlicher Nationalitätenpolitik „ein föderalistisches Prinzip der ‚nationalen Autonomie‘“ zu. Der erste Reichskanzler habe selbst mit seiner Ansiedlungspolitik in den 1880er Jahren die Polen „nicht volksmäßig germanisieren“ wollen und im „Zusammenwohnen“ und

<sup>22</sup> Haar, *Historiker*, S. 201; in der 2. Auflage S. 200.

<sup>23</sup> Hans Rothfels, *Der Vertrag von Versailles und der deutsche Osten*, in: *Berliner Monatshefte* 12 (1934), S. 3–24 (Zitat S. 24).

<sup>24</sup> Vgl. ders., *Bismarck und der Osten. Eine Studie zum Problem des deutschen Nationalstaates*, Leipzig 1934; ders., *Bismarck und die Nationalitätenfragen des Ostens*, in: *Historische Zeitschrift* 147 (1932), S. 89–105 (Zitat S. 105).

<sup>25</sup> Haar, *Historiker*, S. 102.

„Durcheinandergeschobensein der Nationalitäten im Osten“ einen „vorsehungsmäßigen Reichtum und eine Steigerung der völkischen Möglichkeiten“ gesehen<sup>26</sup>.

Das war eine höchst anfechtbare, harmonisierende, ja idyllisierende Bewertung der Bismarckschen Politik und Ausdruck einer nationalistischen Überhebung über die Polen. Aber was Rothfels sagte und schrieb, blieb im Rahmen des Hauptstroms konservativen Denkens in der Zwischenkriegszeit. Und indem er jeder Art von Germanisierungspolitik und Irredentismus eine klare Absage erteilte, zog Rothfels einen klaren Trennungsstrich zu dem, wofür die Nationalsozialisten standen und was ihre Politik gegenüber Polen und Osteuropa nach 1939 kennzeichnen sollte.

Damit komme ich nochmals auf jenen „möglichen Überschneidungsbereich zwischen konservativen Historikern und nationalsozialistischem Gedankengut“ zurück, von dem Winfried Schulze in seiner Rede zum 100. Geburtstag von Hans Rothfels gesprochen hat. Es gab diesen Überschneidungsbereich. Daß Weimar als parlamentarische Demokratie gescheitert war, darin stimmten nicht nur Konservative und Nationalsozialisten überein: Es war seit dem März 1930 eine nicht zu leugnende Tatsache. Kritik an den Mängeln des parlamentarischen Systems und den Konstruktionsfehlern der Weimarer Reichsverfassung äußerten auch überzeugte Verteidiger der Republik, darunter sozialdemokratische Intellektuelle wie Ernst Fraenkel<sup>27</sup>. Konservative Autoren gingen in ihrer Kritik meist sehr viel weiter. Ihnen ging es, anders als Fraenkel, nicht darum, ein neues, funktionstüchtiges parlamentarisches System zu schaffen, sondern um die Überwindung des Weimarer Parlamentarismus.

An Rothfels' Sympathien für einen starken Reichspräsidenten und ein berufsständisches Gegengewicht zu dem aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Parlament gibt es keinen Zweifel. Doch um solche Forderungen zu vertreten, mußte man nicht einmal so weit rechts stehen wie er. Der überzeugte „Vernunftrepublikaner“ Friedrich Meinecke, Rothfels' akademischer Lehrer, befürwortete im Oktober 1932 in weitgehender Übereinstimmung mit den entsprechenden Plänen Papens und Gayls eine Verfassungsreform: „Die Ausartung von Parlament und Parteien kann nun freilich nur bekämpft werden durch Stärkung von Recht und Macht des Reichspräsidenten und durch Schaffung einer wirksamen Gegeninstanz gegen den Reichstag durch ein wirkliches Oberhaus.“<sup>28</sup>

Meinecke erhält bei Haar fortlaufend gute, Rothfels schlechte Zensuren. Der Königsberger Historiker soll sich zusammen mit seinem Kollegen Hans Herzfeld „rücksichtslos für die Beseitigung der Weimarer Republik und die Errichtung einer

<sup>26</sup> Hans Rothfels, Bismarck und der Osten, in: Forschungen und Fortschritte 9 (1932), Nr. 3 (20. 1.), S. 35 f.

<sup>27</sup> Vgl. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Bonn 1990, S. 302 ff.

<sup>28</sup> Friedrich Meinecke, Ein Wort zur Verfassungsreform, in: Ders., Werke, Bd. II: Politische Schriften und Reden. Darmstadt 1958, S.471–476 (Zitat S. 474); Waldemar Besson, Friedrich Meinecke und die Weimarer Republik. Zum Verhältnis von Geschichtsschreibung und Politik, in: VfZ 7 (1959), S. 113–129.

Diktatur“ eingesetzt haben, heißt es in der Buchfassung der Dissertation<sup>29</sup>. Quellenbelege für diese Behauptung steuert der Autor nicht bei. In der „Replik“ auf meine Kritik schreibt Haar, „neu aufgetauchte Überlieferungsreste aus dem Nachlaß“ zeigten eindeutig, „daß Rothfels nicht nur ein aktiver Gegner der Weimarer Republik war. Er hat den Weg von Papen zu Hitler mitbeschritten und tatkräftig mitbereitet.“ Belege fehlen auch hier. Der pauschale Hinweis auf „Nachlaßsplitter“ reicht für eine so weitgehende These, wie Haar sie vertritt, ebenso wenig aus wie die Feststellung, Rothfels habe an einem Zeitungsprojekt der „Revolution von Rechts“ mitzuarbeiten versprochen. Der Begriff „Revolution von rechts“ ist zudem in diesem Zusammenhang irreführend. „Revolution von rechts“ war der Titel eines Buches des Soziologen Hans Freyer aus dem Jahr 1931. Der Zeitschriftenplan wurde im Sommer 1931 von Sympathisanten der Volkskonservativen Vereinigung um den Reichsminister Gottfried Treviranus betrieben. Das Projekt kam jedoch nicht zustande<sup>30</sup>.

Zu den „Überschneidungsbereichen zwischen nationalkonservativen Historikern und nationalsozialistischem Gedankengut“ gehört gewiß auch alles, was im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Versailles stand. Aber auch hier waren es nicht nur die Konservativen, die mit den Nationalsozialisten teilweise übereinstimmten. Was die Forderung nach „Großdeutschland“, also nach einer Vereinigung des Deutschen Reiches und Österreichs, anging, waren die demokratischen Parteien, vorneweg die Sozialdemokraten, womöglich noch „nationaler“ als die traditionellen Rechtsparteien<sup>31</sup>. Über die Notwendigkeit von Korrekturen der deutschen Ostgrenze gab es ebenfalls einen weitreichenden nationalen Konsens. Im August 1929 nannte der Fraktionsvorsitzende der SPD im Reichstag, Rudolf Breitscheid, ein ehemaliger Unabhängiger Sozialdemokrat und ein beredter Anwalt der Verständigungspolitik nach West und Ost, in einer Rede in Riga die „Grenzrevision zwischen uns und Polen die allerdelikateste und allerschwierigste. [...] Jeder Ausländer, der über den

<sup>29</sup> Haar, *Historiker*, S. 199 f.

<sup>30</sup> Berthold Petzinna, *Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jungkonservativen „Ring“-Kreises 1918–1933*, Berlin 2000, S. 254 ff. Haar verweist auf diese Darstellung, erwähnt aber nicht den von Petzinna hervorgehobenen volksservativen Hintergrund des Zeitschriftenprojekts. In der 2. Auflage (S. 129) heißt es unter Berufung auf Petzinna: „Von den Republikfeinden ist Rothfels als potentieller Unterstützer eines Zeitschriftenprojekts angesehen worden, das für die radikale Beendigung des Parteienpluralismus im Weimarer Staat und die Errichtung eines autoritären Regimes eintrat.“ Dieser Passus ist an die Stelle der Sätze getreten, in denen Haar in der 1. Auflage Ebert mit Hindenburg und Hindenburg mit Hitler verwechselt hat. In der einschlägigen Anmerkung schreibt Haar: „Petzinna (S. 254–256) sieht Rothfels eng mit dem Berliner Milieu der rechten Republikfeinde um den Herrenklub und den Volksdeutschen Klub [sic] verbunden.“ Tatsächlich behandelt Petzinna an der angegebenen Stelle die Bestrebungen der „Politischen Arbeitsstelle“ und ihres Zentrums, des „Berliner Kreises“ um Friedrich Vorwerk, einen Sympathisanten der Volkskonservativen, der sich im Sommer 1931 gegen den Anti-Brüning-Kurs des Herrenclubs und seiner Zeitschrift „Der Ring“ auflehnte. Rothfels wird lediglich als einer von zwölf Autoren genannt, die an Vorwerks Zeitschriftenprojekt mitzuarbeiten versprochen hatten. Aus der von Petzinna erwähnten Volkskonservativen Vereinigung wird bei Haar der „Volksdeutsche Klub“.

<sup>31</sup> Vgl. Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1: *Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, München 2002, S. 378 ff., S. 552 ff.

„Korridor“ nach Deutschland kommt, findet diesen Zustand, daß ein großes Land in zwei Teile zerschnitten wird, unhaltbar.“ Wenn auch die Bevölkerung im Korridor größtenteils polnisch sei, wäre dies kein Grund, diesen Zustand zu verewigen. „Wir hoffen, daß sich in einer späteren Zukunft irgendeine Modifikation, die bestimmt im Interesse beider Staaten ist, wird herbeiführen lassen.“<sup>32</sup> Wäre Haar bei Rothfels auf ein solches Zitat gestoßen, hätte er es vermutlich als Beweis seiner Nähe zum Nationalsozialismus gedeutet.

Die außenpolitischen Erfolge Hitlers fanden in Deutschland überwältigende Zustimmung. Es erübrigt sich, auf den Jubel hinzuweisen, den 1936 die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes, 1938 der „Anschluß“ Österreichs und 1940 der Fall von Paris auslösten<sup>33</sup>. Es ist auch nicht notwendig, die Stimmen deutscher Historiker zu zitieren, die, allen Vorbehalten Hitler gegenüber zum Trotz, die nationale Begeisterung teilten, von der die große Mehrheit der „Volksgenossen“ erfaßt wurde<sup>34</sup>. Hans Rothfels dürfte um 1936 schon sehr viel skeptischer gewesen sein. Im März jenes Jahres wurde ihm der Forschungsauftrag an der Preußischen Staatsbibliothek entzogen; im September wurde sein Antrag auf Verleihung des (vorläufigen) Reichsbürgerrechts abgelehnt, das aufgrund des Reichsbürgergesetzes von 1935, eines der Nürnberger Gesetze, nur Staatsangehörigen „deutschen oder artverwandten Blutes“ zustand<sup>35</sup>. Rothfels fühlte sich trotz alledem als deutscher Patriot. Illusionen über den Charakter des Nationalsozialismus aber hat er wohl zu dieser Zeit nicht mehr gehabt.

Haar meint, ich hätte „allenfalls sprachliche Ungenauigkeiten“ an seiner Quelleninterpretation „monieren können, aber keinesfalls eine grobe Verletzung der Regeln wissenschaftlichen Arbeitens“. Da täuscht er sich. Soweit er sich mit Hans Rothfels befaßt, gibt es kaum eine historische Regel, gegen die er *nicht* verstoßen hätte. Er hat Dokumente zeitlich falsch eingeordnet und folglich falsch interpretiert. Er hat Quellenaussagen und Forschungsthese verkürzt und häufig sinnentstellend wiedergegeben, ja mitunter ihren Sinn ins Gegenteil verkehrt. Er hat Gegenstände isoliert betrachtet, die nur in einem größeren historischen Zusammenhang angemessen begriffen werden können. Er ist so voreingenommen an sein Thema herangegangen, daß er systematisch alles ausblendete, was seine vorgefasste Meinung hätte erschüttern können. Und nicht nur das: Er hat Sachverhalte zurechtgebogen und bis zur Unkenntlichkeit verändert, um sie in sein Deutungsschema einfügen zu können.

<sup>32</sup> Volker Schober, *Der junge Kurt Schumacher: 1895–1933*, Bonn 2000, S. 355.

<sup>33</sup> Vgl. Ian Kershaw, *Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich*, Stuttgart 1980, S. 66 ff., S. 113 ff., S. 135 ff.

<sup>34</sup> Vgl. Friedrich Meinecke, *Werke*, Bd. VI: *Ausgewählter Briefwechsel*, hrsg. v. Ludwig Dehio, Stuttgart 1962, S. 179 f. (Brief an Hajo Holborn, 7. 4. 1938), S. 363 f. (Brief an Siegfried A. Kaehler, 4. 7. 1940). Zu Gerhard Ritter jetzt Christoph Cornelißen, Gerhard Ritter. *Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2001, bes. S. 243 ff. Allgemein dazu Hans-Erich Volkmann, *Deutsche Historiker im Umgang mit Drittem Reich und Zweitem Weltkrieg 1939–1949*, in: Ders. (Hrsg.), *Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau*, München 1995, S. 861–911.

<sup>35</sup> Mommsen, Rothfels, S. 139.

Auf der Strecke geblieben ist dabei nicht nur die Pflicht zum sorgfältigen Umgang mit Quellen und Literatur, sondern, man muß es aussprechen, das Gebot der Fairness und der intellektuellen Redlichkeit. Sehr viel mehr kann man in der Tat nicht falsch machen.